

**Antworten auf die Wahlprüfsteine von Ver.di
von
DIE LINKE. Solingen**

Corona-Pandemie

Stärkung der Kaufkraft / Konsumschecks:

Höhere Löhne und höhere Sozialleistungen sind ein sicheres Mittel zur Stärkung der Binnenkaufkraft und damit zur Stabilisierung der Lage des lokalen Handels und Gewerbes. Auch Einkaufsschecks halten wir für geeignet. Überhaupt sollte überlegt werden, wie unsere Innenstadt und damit der lokale Einzelhandel, an Attraktivität gewinnen kann. Wesentliche Akteure sollten hierzu die Initiative ergreifen. Die Linke würde das unterstützen.

Rettungsschirm/Altschulden:

Ja, die Kommunen verlieren zunehmend bei steigenden Ausgaben ihre Handlungsfähigkeit. Einige stehen jetzt kurz vor dem finanziellen Kollaps. Laut Schätzungen des Landkreistages fehlen den Kommunen Coronakrisen-bedingt mindestens 11,5 Milliarden Euro. Allerdings standen viele Kommunen auch schon vor Corona vor hohen Schuldenbergen. Denn die schwierige Situation der Kommunen ist u.a. der Verletzung des Konnexitätsprinzips („Wer bestellt, bezahlt“) geschuldet, weil in der Vergangenheit zahlreiche Aufgaben auf die Kommunen übertragen wurden, ohne für entsprechende finanzielle Ausstattung zu sorgen. Wir halten einen Schutzschirm für Kommunen für dringend nötig.

Die Fraktion der LINKEN hat daher schon am 21. April 2020 im Deutschen Bundestag den Antrag gestellt, die Bundesregierung zu verpflichten

1. die Verhandlungen über einen Altschuldenfonds zum Abschluss zu bringen und unverzüglich einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen,
2. einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem ein Solidarpakt III für strukturschwache Kommunen eingeführt wird, um gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland zu sichern,
3. einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem die Länder, die grundsätzlich für die Finanzausstattung der Kommunen verantwortlich sind, vom Bund einen Ausgleich für besondere Finanzbedarfe durch die sog. Corona-Krise erhalten,
4. die vierteljährlichen Abschlagszahlungen von Gewerbesteuern der Kommunen an den Bund vorübergehend auszusetzen und zugleich zu prüfen, ob die Gewerbesteuerumlage von überschuldeten Kommunen an den Bund auszusetzen ist,
5. dafür Sorge zu tragen, dass Bund und Länder Corona-bedingte finanzielle Lasten der Kommunen übernehmen, um das Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, bezahlt“) zu wahren.

Solingen ist eine Stadt mit leeren Kassen. Das Ziel, die Stadt endlich finanziell unabhängig und voll handlungsfähig zu machen, das verfolgen wir Linke schon lange. Die Politik hat, nicht nur Solingen, in eine finanziell nahezu ausweglose Lage gebracht. Immer neue Aufgaben, beschlossen im Bund, erhielten von dort fast oder keinen Ausgleich. Leistungen des Landes über den „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ erzwangen von uns drastische Einsparungen. Die Liste, was alles gestrichen und geschlossen wurde, ist lang. Genutzt hat es nichts. Die Kasse ist immer noch leer. Vollends ruinös ist die Politik der „Schwarzen Null“.

Wir fordern massive Unterstützung seitens des Bundes und des Landes.

Selbstverständlich ist ein „Kommunaler Rettungsschirm“ von Nöten. Altschulden müssten Schritt für Schritt erlassen werden und die Finanzierung der Kommunen auf sicherere Beine gestellt werden. Dazu fordern wir kurzfristig eine Vermögensabgabe auf Multi-Millionen-Vermögen und langfristig eine höhere Besteuerung von Kapital- und Gewerbeeinkommen. Selbstverständlich muss die Stadt auch die Möglichkeit haben, eigene Kredite auf dem Markt aufzunehmen, um zum Beispiel ein kommunales Wohnungsbauprogramm zu finanzieren.

Wir sind empört, wie sang- und klanglos Milliarden für neue Fregatten, Drohnen, Panzer, Bombenflugzeuge ausgegeben werden. Das ist friedenspolitisch kontraproduktiv und dient nur den Aktionären der Rüstungsindustrie. Und uns fehlt das Geld! Hätten wir es, wären unsere Geldsorgen nicht mehr vorhanden.

Digitalisierung:

Die Digitalisierung muss sich unserer Meinung nach zunächst und vor allem auf die Ausstattung der Schulen und der Qualifizierung von LehrerInnen und Eltern konzentrieren.

Jedes Kind muss in den Besitz der entsprechenden Technik kommen. Teilhabe an Digitalisierung darf nicht – wie es bisher der Fall ist – vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein!

Krisenmanagement der Kommune:

Das Krisenmanagement der Stadt über den Krisenstab, Gesundheitsamt, Ordnungsamt und der Kliniken beurteilen wir Linke positiv. Die Öffentlichkeit wurde ausreichend informiert. Dass die demokratischen Abläufe nur schwer in Gang zu halten waren, das hat mit dieser Ausnahmesituation zu tun, die für uns alle schwer war.

Es zeigt sich, dass wir eine gut funktionierende, handlungsfähige Verwaltung dringend brauchen. Wir erteilen allem Schlechtreden der Leistungen der KollegInnen in der Verwaltung und den angehängten Betrieben ein Absage. Wenngleich wir viel Kritik haben, die aber von uns konstruktiv dargestellt wird.

Auch wenn wir die Arbeit des Krisenstabes grundsätzlich positiv bewerten, hätten wir uns eine Einbindung der Gleichstellungsstelle und der Gewerkschaften gewünscht.

Es sind vor allem Frauen, die einerseits „systemrelevant“ in Sorgeberufen arbeiten, ihre Kinder in der Coronakrise betreuen, andererseits wird ihre Arbeit aber weder durch angemessene Bezahlung und noch durch Mitspracherechte am Arbeitsplatz gewürdigt. Eine große Zahl abhängig Beschäftigter sind in Kurzarbeit, haben Angst vor dem völligen Verlust ihres Arbeitsplatzes und einer düsteren Zukunft. Diese Interessen sollten sich auch in der Zusammensetzung des Krisenstabes der Stadt widerspiegeln.

Zentrale Lehren aus der Pandemie:

Große Hochachtung haben wir vor den Menschen, die in der Gesundheitsversorgung generell und vor allem in den Kliniken zum Beispiel, gebracht wurden. Wir fordern, dass das jetzt auch honoriert wird und es nicht bei Singen und Klatschen von den Balkonen bleibt. Wirkliche Wertschätzung muss mit höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen (vor allem mehr Stellen) einhergehen.

Wir erleben gleichzeitig 3 Krisen, die auch gleichzeitig Lösungen erfordern. Klimakrise, Coronakrise und Wirtschaftskrise müssen im Zusammenhang angegangen werden, das heißt: Wirtschaftliche unternehmerische Interessen haben nicht Vorrang vor den Interessen der Menschen an dem Erhalt eines lebensfreundlichen Klimas und einer wohnungsnahen Gesundheitsversorgung.

Es war ein Fehler, den Rückzug des Staates aus der Daseinsvorsorge zuzulassen. Wenn Profitinteressen und betriebswirtschaftliches Denken vorherrschen, stehen sogar lebensnotwendige Infrastrukturen im Gesundheitswesen unter Beschuss, fehlen öffentliche Verkehrsmittel, Lehrerinnen und Kitaplätze, sind Schulklassen zu groß, Schulen renovierungsbedürftig und, und, und.

Bildung

Die Versorgung mit Betreuungsplätzen in Solingen muss als mangelhaft bezeichnet werden. **Unser Ziel ist es eine genügende Anzahl an KiTa – Plätzen möglichst schnell zu schaffen.** Hier müssen einerseits die notwendigen Gelder bereitgestellt werden und andererseits städtische Grundstücke frühzeitig gesichert werden.

Es ist leider richtig, dass sich viele Schulen in einem maroden Zustand befinden und die digitale Ausstattung für einen modernen, zukunftsfähigen Unterricht nicht ausreichend ist. Dies wurde besonders während des Homeschoolings in Corona – Zeiten deutlich. Dabei zeigte sich leider auch wieder, wie abhängig der Schulerfolg in Deutschland vom ökonomischen Status der Eltern ist. Dass nun Bund und Länder ein Förderprogramm aufgelegt haben, um bedürftigen Schüler*innen zu einem brauchbaren digitalen Endgerät zu verhelfen, ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung, reicht aber bei weitem nicht aus.

Es muss sichergestellt sein,

- dass **alle** bedürftigen Schüler*innen ein digitales Endgerät erhalten.
- dass die Geräte von Fachpersonal eingerichtet und gewartet werden.
- dass es Ersatzbeschaffungen gibt, falls ein Gerät defekt ist.

Die Kosten für diese Maßnahmen sind von der Kommune bereitzustellen, wenn dafür keine Fördermittel zur Verfügung stehen. Bildung – Lehren und Lernen- ist die Basis für eine zukunftsfähige Stadt (und für ein zukunftsfähiges Land!). Hierauf muss die Kommune unbedingt ihre Prioritäten legen! Das gilt auch für die personelle, räumliche und sächliche Ausstattung der Schulen.

So fordern wir

- die Schulen mit mehr Stunden für Sekretärinnen, Hausmeistern und Reinigungskräften auszustatten.
- Entsprechend des Schulentwicklungsplanes ausreichend Schulraum für die Grundschulen zur Verfügung zu stellen.
- Eine weitere Gesamtschule und die Prüfung, ob nicht eine Umwandlung eines Solinge Gymnasiums in eine Gesamtschule, eine gute Lösung sein könnte.

Wir unterstützen das Konzept des „Offenen Ganztags“, so lange nicht alle Schulen als Ganztagschulen geführt werden. Außerdem fordern wir den weiteren Ausbau an OGS – Plätzen. Dies ist wichtig, damit jedes Kind die Chance auf eine entsprechende Förderung erhält.

Wichtig ist uns aber, dass die Kinder bei der Gestaltung des Angebotes im Offenen Ganztage beteiligt und älteren Schüler*innen genügend Freiraum gegeben wird, sich selbst zu organisieren. Auch muss die Kooperation mit gemeinnützigen Verbänden intensiviert und so eine Vereinbarkeit von Offenem Ganztage und politischem bzw. ehrenamtlichem Engagement von Jugendlichen geschaffen werden.

Öffentliche Daseinsvorsorge

Rendite im Gesundheitssystem:

Gesundheit ist ein Menschenrecht und unser Gesundheitssystem muss als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge organisiert sein. Investitionen in Krankenhäuser werden aus Steuermitteln und die Behandlungen aus Krankenkassenbeiträgen finanziert. Jeder Versuch, mit Krankenhäusern Gewinne zu erwirtschaften oder sie sogar als Renditeobjekt von Aktiengesellschaften zu tolerieren, halten wir daher für unsozial. Das Fallpauschalenprinzip wäre das erste, was wir gerne abschaffen würden.

Notwendigkeit kommunaler Einrichtungen:

Da wir grundsätzlich die Daseinsvorsorge als öffentliche Aufgabe sehen, hat der Erhalt unseres Klinikums als kommunales Krankenhaus oberste Priorität. Wir wollen, dass die Kommune die Gestaltungshoheit in allen Bereichen ihres Krankenhauses behält. Deshalb lehnen wir auch Teilprivatisierungen, wie sie von anderen Parteien zugelassen werden, konsequent ab.

Wie wichtig eine gute ärztliche Versorgung ist, zeigt sich einmal ganz besonders während der Corona – Krise. Leider erwies sich das Gesundheitssystem nicht nur in Solingen als wenig vorbereitet auf die pandemische Situation. Die Privatisierung des Gesundheitswesens führte allgemein zu Bettenabbau, mangelnder Bereithaltung von Materialien - wie zum Beispiel Schutzkleidung- und vor allem zu Personalabbau!

Die LINKE kämpft überall dafür, dass das Gesundheitswesen in Öffentlicher Hand (fort)besteht. Die Profitorientierung von privaten Konzernen richtet sich nicht an den Bedürfnissen der Solingerinnen und Solinger, sondern am möglichen Profit aus. Wir brauchen aber ersteres und eine Gesundheitsversorgung, auf die wir uns verlassen können.

Außerdem beobachtet DIE LINKE. Solingen mit Sorge, dass der Fachkräftemangel bei Ärzten und Pflegepersonal nicht abnimmt sondern im Gegenteil weiter wächst; Berufe, die – wie in der Corona- Krise noch einmal besonders deutlich wurde - wirklich systemrelevant sind. Gerade das Pflegepersonal aber gehört eher zu den weniger verdienenden Berufsgruppen. Wir fordern deshalb einen deutlich höheren Tariflohn für alle in der Pflege Beschäftigten.

Um Solingen für Ärzte und Pflegepersonal attraktiv zu machen, können wir uns unterstützende Maßnahmen seitens der Verwaltung vorstellen: Unterstützung bei der Suche nach adäquatem Wohnraum, Bereitstellen von KiTa – Plätzen bzw. von Betreuungsplätzen (24 –Stunden- Betreuung) und allgemein die Erhöhung der Attraktivität der Stadt.

Kultur:

Die LINKE. Solingen lehnt „Sparbemühungen“ im Bereich der Kultur entschieden ab. Kultur ist für uns ein wichtiger Aspekt der Lebensqualität, Grundlage persönlicher Selbstentfaltung und gesellschaftlicher Verständigung. Ein vielfältiges kulturelles Angebot ist von zentraler Bedeutung für die Stadt und erhöht die Attraktivität für die Bürger*innen (und für Neubürger*innen; s.o.). Die auskömmliche Finanzierung von Kunst und Kultur ist kein Luxus, sondern eine gesellschaftspolitische Zukunftsinvestition. Kultur muss für jede Solingerin, jeden Solinger zugänglich und erlebbar sein.

Insofern setzen wir uns u.a. ein für

- Die Schaffung eines Ausstellungsraumes für zeitgenössische Kunst und für die Präsentation Solinger Künstler*innen.
- Die Fortschreibung der finanziellen Unterstützung der „Bergischen Symphoniker“.
- Die Erhöhung der Fördermittel für die freie Kunstszene.
- Das Ausweisen von Flächen, die für Graffiti und Straßenkunst freigegeben sind.

Innenstädte und Einzelhandel:

In der **Innenstadt** steht ein **Strukturwandel** an. Dieser Strukturwandel, weg vom Einzelhandel, eröffnet aber auch neue Chancen. In der Vergangenheit wurden bei der

Stadtplanung viele Fehler gemacht. Getrieben durch die Interessen von privaten Investoren genehmigte die Stadt alle paar Jahre ein neues Einkaufszentrum. Konzepte für die immer leerer werdenden alten Einkaufszentren wurden nicht entwickelt. Das muss dringend anders werden! Investoren haben bekanntlich nicht das Ziel, Einzelhandelsflächen oder Wohnungen zu vermieten, sondern Gewinne zu erzielen. Deshalb werden Objekte entwickelt, einige Zeit gehalten und dann zum weiteren Ausschachten weiterverkauft. Bis die Gebäude dann spätestens nach wenigen Jahrzehnten abgerissen werden, um das nächste Investitionsmodell zu errichten. So geschehen mit dem Karstadt-Gebäude und jetzt mit Kaufhof/P & C. „Es ist Zeit die Planung der Innenstadt nun endlich an den Bedarfen der Solingerinnen und Solinger, statt an Profitinteressen privater Investoren auszurichten. Die Stadt kann und muss hier selbst aktiv werden und einen Strukturwandel vorantreiben. Zu schaffende Wohnbebauung in der Hauptstraße sollte durch die Stadt selbst entwickelt und die Mieten so bezahlbar gehalten werden. Dabei sind die Menschen zu beteiligen, die ihren Lebensmittelpunkt in Solingen haben. Die Innenstadt braucht zudem mehr Grünflächen und keinen Autoverkehr rund um den Neumarkt. Hier sollte zugleich die Verbesserung der Busanbindungen und Wege zu einer autofreien und grünen Innenstadt diskutiert werden. Die Innenstadt sollte endlich dazu einladen in ihr verweilen zu wollen.

DIE LINKE. Solingen hat sich in den Jahren, die sie im Rat der Stadt ist, gegen verkaufsoffene Sonntage ausgesprochen und immer wieder dagegen gestimmt. An dieser Haltung wird sich auch weiterhin nichts ändern!

Sozialer Zusammenhalt

Einbeziehung der Bürger im Quartier:

Wir halten die vorhandenen Beteiligungsmöglichkeiten der Solinger und Solingerinnen für unzureichend. Die Bezirksvertretungen sollten mehr Rechte und finanzielle Mittel erhalten, um die Voraussetzungen zu schaffen, dass sie in ihren Stadtteilen neue Beteiligungsformen ausprobieren können und BürgerInnen erleben, dass ihr Engagement im Quartier auch Folgen hat. Desweiteren sollen alle Rederecht in den Sitzungen der Bezirksvertretung erhalten.

Solingerer Bürger*innen haben in der Vergangenheit oftmals hohes bürgerschaftliches Engagement gezeigt. Dieses Engagement gilt es weiter zu sichern und zu stärken. Wir denken dabei nicht vorrangig an die Auszeichnung einiger weniger Bürger*innen. Vielmehr gilt es das ehrenamtliche Engagement durch professionelle Unterstützung anzuleiten, zu unterstützen und fortzuführen. Wesentliche Schwerpunkte des ehrenamtlichen Engagements sehen wir in den Bereichen: Integration, Kinder und Jugendliche, Unterstützung älterer Menschen, Nachbarschaftshilfe.

Sozialer Zusammenhalt aber braucht Begegnung – zwischen Jung und Alt, zwischen unterschiedlichen Kulturen, zwischen unterschiedlichen sozialen Schichten. Solche sozialen Begegnungen können ganz ungezwungen stattfinden, etwa beim sportlichen Miteinander, bei kulturellen Veranstaltungen, bei Begegnungen im Quartier. Auch aus diesem Grund sprechen wir uns entschieden dagegen aus, Sportstätten oder Kultureinrichtungen zu schließen. In den Quartieren müssen Möglichkeiten der Begegnung geschaffen werden.

Es ist leider richtig, dass in Solingen der Anteil der Menschen hoch ist, die als arm zu bezeichnen sind. Die Kommune kann allerdings die soziale Gesetzgebung nicht beeinflussen, sie kann weder die Steuer-, Sozial- noch Arbeitsmarktpolitik beeinflussen. Sie muss jedoch alles versuchen, um ihren Bürger*innen ein Höchstmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben zu ermöglichen. Deshalb schlägt DIE LINKE. Solingen beispielsweise das Verbot von Stromsperren bzw. die sofortige Hilfe bei Energieschulden vor. Außerdem sollten Museumsbesuche kostenlos sein und für Theatervorstellungen Kontingente an vergünstigten Karten, für Menschen mit wenig finanziellen Mitteln, bestehen.

Zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund sowie von Geflüchteten gehört zweifelsohne die Beherrschung der deutschen Sprache. DIE LINKE. Solingen sieht es dazu als notwendig an

- zusätzliche Lehrer*innen und Personal für die Hausaufgabenbetreuung zur Verfügung zu stellen.
- Ebenso eine ausreichende Kapazität an Kinderbetreuungsplätzen bereit zu stellen, wo die Sprachförderung bereits beginnen kann.
- Angemessene Sprachkurse anzubieten, die nachweislich dazu geeignet sind, die deutsche Sprache adäquat zu vermitteln.
- **Migrantinnen und Migranten an der Digitalisierung teilheben zu lassen.**

Klimaschutz

Wie sehen Sie den menschengemachten Klimawandel und wie stehen Sie zu den vereinbarten

Klimazielen von Paris, die globale Erwärmung deutlich unter 2 °C zu halten?

Die Linke Solingen sieht im menschengemachten Klimawandel mittelfristig die größte Bedrohung für uns und kommende Generationen. Die in Paris vereinbarte „Rote Linie“, das Ziel, in der Erdatmosphäre unter 2°C Temperaturanstieg zu bleiben, stellt eine Überlebensfrage für alle Kulturen der Menschheit dar. Alle Länder, alle Regionen, alle Menschen müssen dazu beitragen dieses Ziel zu erreichen. Bereits jetzt sind in manchen Gebieten die Folgen des Klimawandels katastrophal, so dass die Menschen von dort fliehen müssen um zu überleben. Bisher trifft das vor allem tropische und subtropische Länder – während die Hauptverursacher im globalen Norden noch deutlich weniger heftige Folgen bewältigen müssen. Mit Fug und Recht muss man von einem globalen Klimanotstand ausgehen, denn in der Atmosphäre gibt es keine Grenzen. Lediglich der zeitliche Ablauf, die Ausprägung und die Heftigkeit des Klimawandels sind regional unterschiedlich. Es sei hier nur ein mögliches Szenario genannt, nämlich das Erlahmen des Golfstroms durch die zunehmende Erwärmung der arktischen Region: Das würde dann in Europa die gesamte Landwirtschaft und damit unsere Ernährungsgrundlagen vor unabwägbar Probleme stellen. – Maßnahmen zu ergreifen, die den Klimawandel stoppen, sind beides: Beiträge zur globalen Klimagerechtigkeit und Beiträge zur Verbesserung unserer eigenen Überlebenschancen.

Wie bewerten Sie die Ablehnung des Antrages im Rat der Stadt Solingen, in Solingen den „Klimanotstand“ auszurufen?

Darum empört uns die Zögerlichkeit des Rates, den Klimanotstand für Solingen anzuerkennen. Mit haarspalterischer Formulierungsakrobatik windet sich der Rat in dem Beschluss vom Juni dieses Jahres darum herum und verhindert damit, dass Klimaschutz höchste Priorität bei allen Vorhaben auf kommunaler Ebenen bekommt. Der entsprechende Antrag war im Herbst letzten Jahres von der Solinger Gruppe Fridays for Future gestellt worden. Die LINKE findet es unerträglich, dass dieser Antrag zunächst monatelang verschleppt und schließlich das ernste Anliegen der jungen Generation ignorant abgewimmelt wurde.

Wollen Sie die „klimaneutrale Stadt“ zum Ziel Ihrer Politik machen? Bis wann wollen Sie dies mit welchen Maßnahmen umsetzen?

Solingen zur „klimaneutralen Stadt“ zu machen, ist eines unserer Ziele. Aber nicht nur das. Wir fordern grundsätzliches **Umdenken in ökologischen UND sozialen Belangen**. Beides muss stets gemeinsam bedacht werden! Wir müssen sofort beginnen, unabhängig von allen anderen. Und uns dazu in die Diskussionen mit anderen Kommunen, dem Land und dem Bund einbringen: Es gilt keine Zeit mehr zu verlieren im Wettlauf mit der globalen Erwärmung und ihren katastrophalen Auswirkungen.

Dennoch lässt sich schwer ein konkreter Zeitrahmen festlegen, denn es ist noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten in Politik und Gesellschaft. – Das ehrgeizige Ziel ist nur mit gemeinsamen Anstrengungen aller zu erreichen, und zwar in einem demokratischen Prozess. Um genügend Expertise und personelle Ausstattung zu haben, müssen für die Umsetzung und Erweiterung des längst vorliegenden Nachhaltigkeitskonzeptes Fachkräfte ausgebildet und zusätzlich eingestellt werden und ein intensiver fachlicher Austausch quer durch alle Verwaltungsabteilungen und –ebenen stattfinden. Dies konsequent voranzutreiben haben wir stets gefordert und werden es auch weiter unterstützen. Finanzielle Unterstützung von Land und Bund muss eingefordert werden.

Rasch umzusetzen sind Maßnahmen innerhalb der Stadtverwaltung und ihrer Unternehmen, wenn dazu Handlungsanweisungen von der Verwaltungsspitze erlassen werden. Alle anderen Maßnahmen, die in den Lebensalltag aller Bürger*innen hineinwirken, brauchen die Mitwirkung der Zivilgesellschaft und entsprechende Vorbereitungen. Als ein wichtiges Instrument dafür sehen wir die Einrichtung einer kommunalen Anlaufstelle für Nachhaltigkeit. Dort soll Vernetzung stattfinden zwischen

Initiativen aus der Bürgerschaft, Wirtschaft und Wissenschaft. Gute Ideen sollen gefördert und verbreitet werden.

Mit Umweltverbänden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern fordert DIE LINKE einen grundlegenden Wandel in der Verkehrs-, Energie- und Klimapolitik. Das ist dringend notwendig, es ist bezahlbar und es würde das Leben für Millionen Menschen verbessern.

Einige konkrete Maßnahmen für Solingen:

- Kompletter Umstieg auf erneuerbare, saubere Energieversorgung
- Reduzierung des städtischen Fuhrparks und komplette sukzessive Umstellung auf Fahrräder, schadstoffarme Fahrzeuge in allen Stadtdiensten – insbesondere Dienstfahrzeuge mit kleineren Motoren für die Verwaltungsspitze.
- Beschaffungen (von Geräten, Verbrauchsmaterialien, Dienstkleidung, Einrichtungsgegenständen etc.) stets unter Bevorzugung ökologischer und sozialer Kriterien. Dazu gehört auch das Zugreifen zu second-hand- und Recycling-Angeboten.
- Ausbau des ÖPNV und Reduzierung des Individualverkehrs. Kostenloser Nahverkehr.
- Verkehrsberuhigung und Umwidmung von Straßen in begrüneten Lebensraum für die Anwohner*innen.
- Förderung von mehr Grün in den zentralen Bereichen. – Auch durch Verbot der „Steinwüsten“ in Vorgärten.
- Kein weiterer Landschaftsverbrauch für Wohnen, Industrie und Gewerbe, ehe nicht alle Brachflächen neuer Nutzung zugeführt wurden.
- Schaffung und Förderung neuer sozialer und energiesparender Wohnformen mit gemeinschaftlich genutzten, zentralen Wärme- und Energieversorgungsanlagen.

Wo sehen Sie in den kommenden notwendigen Veränderungen in unserer Gesellschaft hin zu mehr Klimaschutz Gefahren für den sozialen Zusammenhalt und wie wollen Sie evtl. soziale Verwerfungen vermeiden oder ihnen entgegenwirken?

Klimaschutz, wie gesellschaftliche Teilhabe generell, darf keine Frage des Geldbeutels sein. Deshalb muss die Politik auch regulierend eingreifen – ein Beispiel ist der Klimabonus bei den Kosten der Unterkunft für Menschen, die Transferleistungen beziehen. Die Gestaltung der Energiepreise ist ein weiteres: Nicht günstigere Preise bei Vielverbraucher*innen, sondern Ermäßigungen für Haushalte mit niedrigem Energieverbrauch müssen zum Tragen kommen.

Arbeitsplätze in Bereichen die der Transformation unserer Gesellschaft in eine nachhaltige und soziale Zukunft dienen, wollen wir fördern durch Maßnahmen der Wirtschaftsförderung.

Wie sieht eine klimaneutrale Verkehrswende für Sie in Solingen aus? Wie stehen Sie zur Verteilung des vorhandenen Straßenraumes zwischen öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV), Fahrrad, Fußgänger*innen und dem motorisierten Individualverkehr? Wie stehen Sie zu Umweltspuren oder autofreien Zonen innerhalb der Kommune?

Als Dreh- und Angelpunkt für eine klimaschonende Mobilität sieht DIE LINKE den barrierefreien ÖPNV in Verbindung mit Fahrrad- und Fußgänger-freundlicher Gestaltung der Verkehrsflächen. In Städten, wo das umgesetzt wurde, beobachtet man eine deutliche Belebung in Innenstädten und Wohnvierteln. Das soziale Leben verlagert sich mehr auf die gemeinschaftlich genutzten und gestalteten Außenräume überall dort wo autofreie Bereiche eingerichtet wurden und/oder Autos nur noch im Schritttempo passieren dürfen. Kinder und Jugendlichen sollen ihre Schulen und Ausbildungsplätze gut zu Fuß und mit dem Fahrrad erreichen können. Fahrradspuren sind schnell und kostengünstig umzusetzen. Der Weg zur Arbeit muss auch in späten Abend- und frühen Morgenstunden per ÖPNV möglich sein.

Um diese und alle weiteren Bedarfe abdecken zu können muss ein völlig neuer Verkehrsentwicklungsplan für die notwendige Verkehrswende erstellt werden unter der Prämisse, sozial verträgliche und auf längere Sicht klimaneutrale Lösungen zu finden.

Der ÖPNV ist einer der Schlüssel der notwendigen Verkehrswende. Um unser O-Bus-System beneiden uns viele Städte, es gibt internationale Anerkennung und nationale Forschungsgelder.

Es bietet viele Möglichkeiten bis hin zur Klimaneutralität unseres ÖPNV. Trotzdem wird der Solinger Nahverkehr immer wieder streng gedeckelt im Haushalt, dafür Strecken und Fahrzeiten ausgedünnt.

Zur Verkehrswende gehören Kombinationsmöglichkeiten mit Bus, Bahn, Fahrrad oder Carsharing, guter Anschluss in die nahen Großstädte und in die angrenzenden ländlichen Gebiete, ins Bergische oder Richtung Ruhrgebiet oder Rhein. Ein attraktiver ÖPNV wäre auch für wachsenden Tourismus interessant. Wie stehen Sie zur Frage der ökologischen Verkehrswende? Welche Konzepte haben Sie für einen attraktiven und bezahlbaren ÖPNV in Solingen für Pendler*innen in und aus Nachbarstädten und in angrenzende ländliche Gebiete?

DIE LINKE stemmt sich seit Jahren gegen die hier angesprochenen Verschlechterungen im ÖPNV – wobei auch vor Outsourcen von Leistungen und damit die Schaffung sozialer Ungleichheit der Beschäftigten gehörten. Das ist mit uns nicht machbar. Die in Ihrer Frage genannten Aspekte für die Verkehrswende sehen wir als dringend wichtig an. Unser Ziel ist es, durch Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen und den Verkehrsverbänden zu einer regionalen Lösung beizutragen. Wir engagieren uns im Fahrgastbeirat und unterstützen dessen Vorschläge zur besseren Taktung, Erreichbarkeit in Randzonen, Kombination mit Ruf- und Sammeltaxen usw. Statt jährlicher Streichungen und Deckelungen für den ÖPNV im städtischen Haushalt fordern wir jährliche Steigerungen, die im Gesamtzusammenhang der verkehrsplanerischen Maßnahmen zu sehen sind.

Wie sieht eine qualitativ hochwertige Entsorgungspolitik in Solingen in Bezug auf Klimaneutralität und Entsorgungssicherheit aus Ihrer Sicht aus?

Die Entsorgungsbetriebe der Stadt Solingen leisten im Rahmen der TBS hervorragende Dienste. Als Unternehmen der Daseinsvorsorge müssen sie in städtischer Hand bleiben und in Bedeutung für den Klimaschutz wie auch den Umweltschutz im Allgemeinen erkannt und ausgebaut werden.

Neben der bereits angesprochenen Umstellung des Fuhrparks lassen sich, ähnlich wie in Wuppertal, die Kapazitäten für die Gewinnung sauberer Energie deutlich ausbauen. Müllsortierung muss bereits in den Haushalten verbessert werden weil dadurch die Recycling-Möglichkeiten verbessert werden. Durch ständige Information der Bevölkerung, Projekte in Schulen und Attraktivierung ordentlichen Sortierens für alle.

Wohnen

Bereits seit Jahren fordert die Ratsfraktion DIE LINKE Maßnahmen gegen den Ausverkauf an kommunalen Grundstücken und für die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus.

Langfristige und auf private Investitionen in den Wohnungsmarkt setzende Maßnahmen werden denen nicht helfen, die sich schon heute einer immer knapperen Anzahl bezahlbarer Wohnungen gegenübersehen und teure Mieten nicht leisten können. Deshalb sind kurzfristig greifende Lösungen notwendig. Wir haben bereits mehrfach die Schaffung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft gefordert. Nur durch diese wäre die Stadt selbst in der Lage sofort in den Wohnungsmarkt einzugreifen und auch langfristig ein Mindestmaß an bezahlbarem Wohnraum zu gewährleisten. Die Verfügbarkeit bezahlbaren Wohnraums in Solingen würde so unabhängig von Entwicklungen auf einem Wohnungsmarkt, auf den immer mehr renditesuchendes Privatkapital drängt und damit die Preise in die Höhe treibt.

Wir fordern zudem: Baugrundstücke dürfen von der öffentlichen Hand nicht mehr verkauft werden; sie müssen zurückgekauft und bei Bedarf enteignet werden. Vergeben werden dürfen sie, nur unter Auflagen und nur noch im Erbbaurecht. Sozialer Wohnungsbau muss endlich wieder nachhaltig werden. Es reicht nicht Wohnungen für einige Jahre zu fördern, damit die Profite von Wohnungskonzernen zu sichern und nachdem sie aus der Bindung fallen – steigen die Mieten. Stattdessen muss die Stadt selbst Wohnungen aufkaufen und neue bauen. Nur die Stadt als Eigentümer kann Wohnraum dauerhaft bezahlbar anbieten und den Mieter*inenn – im Rahmen von Mieter*innenräten - mehr Mitsprache ermöglichen. Auch deswegen fordern wir die Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft.

Genossenschaften haben sich in Solingen, als Anbieter bezahlbarer Wohnungen, ebenfalls bewährt. Auch diese sollten von der Stadt weitestgehend unterstützt werden.

Die Steigerungen des Bodenwertes müssen durch Steuern abgeschöpft werden.

Haushalt

Einnahmen:

Ohne eine Lösung des Altschuldenproblems kann es keine echte Lösung unserer Haushaltsprobleme geben. Die Folgen der Corona Pandemie für die städtischen Finanzen sind noch gar nicht richtig abzuschätzen. Notwendig ist die Stärkung der Einnahmeseite der kommunalen Finanzen. Wir schlagen vor: Die Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzierungssteuer in die auch Vermieter*innen und alle Freiberufler einzahlen.

Außerdem muss die gegenseitigen Unterbietung, was Gewerbesteuerhebesätze angeht, beendet werden – ein erster Schritt wäre hier, dass Solingen den Hebesatz an die von Remscheid und Wuppertal (nach oben) anpasst. Weiterhin die dauerhafte Anhebung des kommunalen Anteils im Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) NRW auf 28% mit einer Gegenfinanzierung durch die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer, sowie eine höheren Erbschaftssteuer.

Zum Stichpunkt Vermögenssteuer unsere aktuelle Forderung auf Bundesebene:

Es gibt in Deutschland über 1,3 Millionen Millionäre und 126 Milliardäre. Die Zahl ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Diese Menschen können sich die Abgabe leisten und damit einen gerechten Beitrag leisten – im Unterschied zu den Verkäuferinnen, Reinigungskräften und Kellnerinnen, die jetzt häufig mit 60% des Mindestlohns als Arbeitslosengeld oder Kurzarbeitergeld auskommen müssen.

- Zur gerechten Finanzierung der Krisenkosten wird eine Vermögensabgabe von 5% auf alle Vermögen ab 2 Millionen Euro erhoben. Die Vermögenssteuer muss wieder in Kraft gesetzt werden: 5% auf alle Vermögen oberhalb von 1 Millionen Euro.

Gebührenerhöhungen:

Angesichts der brisanten finanziellen Situation eines immer größer werdenden Teils der Bevölkerung sehen wir die Erhöhung kommunaler Steuern und Gebühren kritisch, auch wenn sie eine wichtige kommunale Einnahmequelle sind. Es wäre richtig, wenn diese auch nach sozialen Gesichtspunkten gestaltet würden. Wie anderswo gibt es in Solingen reiche Einwohner, die eine soziale Verantwortung übernehmen können und sollten.

Privatisierungen:

Privatisierungen lehnen wir ohne Wenn und Aber ab!

Zonser Erklärung:

Wir sehen die Zonser Erklärung positiv weil Gewerbesteuerdumping nur negative Auswirkungen auf die Stadtfinanzen hat. Die Privatisierung kommunalen Eigentums und kommunaler Leistungen würde die Kommune nur weiter schwächen, deshalb lehnen wir sie ab.

Gewerbesteuer:

Wie unter dem Punkt Einnahmen beschrieben, fordern wir kurzfristig die solidarische Anhebung des Hebesatzes auf das Niveau von Wuppertal und Remscheid und langfristig die Umwandlung in eine Gemeindefinanzierungssteuer. Diese soll mehr Planungssicherheit für die Kommunen bringen, die elendigen Hebesatz-Unterbietungen beenden und endlich alle gewerblichen Einkommen berücksichtigen (die, über der Freibetragsgrenze liegen).

Investitionsmittel:

Ja, unbedingt! Sie sollten darüberhinaus auch EU-Mittel anfordern. Eine einnahmewirksame Betätigung wäre daneben auch die Überprüfung der Besteuerungsgrundlagen der Unternehmen. Erfahrungsgemäß erwirtschaften die mit dieser Aufgabe betrauten Beschäftigten ihre Lohnkosten um ein Vielfaches.

Verwaltung

Wie Sie richtig darstellen, ist eine leistungsfähige Kommunalverwaltung unverzichtbar für die Menschen in der Stadt. Dies bedeutet aber vor allem, dass ausreichend Mitarbeiter*innen in der Stadtverwaltung beschäftigt sind, um die vielfältigen Aufgaben zu bewältigen und für die Bürger*innen qualifizierte Ansprechpartner zu sein. Dies widerspricht aber der sogenannten „Sparpolitik“ der Mehrheit der im Rat vertretenen Parteien. Stellenstreichungen und Personalkürzungen hat DIE LINKE. Solingen stets abgelehnt und sich als einzige Partei im Rat dagegen ausgesprochen!

Dies ist auch weiterhin unsere Überzeugung: Gute Arbeit in der Verwaltung ist die Voraussetzung für eine funktionierende Verwaltung. Eine ausreichende Anzahl an Mitarbeitern und die (Wieder-) Besetzung freier bzw. „gestrichener“ Stellen lösen viele der Probleme (Überbelastung, Sicherheit und Unversehrtheit....).

Der Fachkräftemangel stellt eines der größten Probleme nicht nur im Bereich der Stadtverwaltung dar. (siehe auch Pflege) Neben einer Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze in der Stadtverwaltung schlagen wir vor Anreize zu schaffen um z. B. junge Fachkräfte nach Solingen zu holen (Hilfe bei der Wohnungssuche / Betreuungsplatz etc.)

Arbeitgeberin Stadt:

Wertschätzung aller Beschäftigten, auch der in Hierarchie nicht oben angesiedelten. Insbesondere von Frauen, die auch bei der Stadt in der Coronakrise besonders beansprucht bzw. belastet werden, z.B. Reinigungskräfte. Sichere, das heißt grundsätzlich unbefristete Arbeitsverträge. Gelegenheit und Förderung beruflicher und gesellschaftlicher Bildung. (Zum Beispiel durch Ermunterung, das Recht auf Arbeitnehmerbildung auch wahrzunehmen). Frühzeitige und umfassende Beteiligung der VertreterInnen der Beschäftigten: Personalrat, Behindertenvertretung und Gleichstellungsstelle.

Service bei 180 unbesetzten Stellen:

Unser Anspruch richtet sich eher an den Arbeitgeber Stadt. Der hätte zu prüfen, warum dieser Personalmangel entstehen konnte und ob ggfs. die Arbeitsbedingungen attraktiver zu gestalten sind.

Fachkräftemangel:

Die beste Werbung für eine Berufsausbildung und Anwerbung von Arbeitskräften sind gute Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen, Wertschätzung und Beteiligungsrechte. Da sehen wir viel Luft nach oben.

Sachgrundlose Befristungen:

Die weit verbreitete Praxis der Befristung wurde erst mit der Agenda 2010 möglich. Das Teilzeit- und Befristungsgesetz gehört auf den Prüfstand. Die gesetzlichen Möglichkeiten der Befristungen sind so schnell wie möglich rückgängig zu machen.

Finanzierung Personalhaushalt:

Die weit verbreitete Praxis der Befristung wurde erst mit der Agenda 2010 möglich. Das Teilzeit- und Befristungsgesetz gehört auf den Prüfstand. Die gesetzlichen Möglichkeiten der Befristungen sind so schnell wie möglich rückgängig zu machen.

Outsourcing:

Der öffentliche Dienst, insbesondere in den Kommunen hat jahrelange Personaleinsparungen und Privatisierungsorgien hinter sich. Die Folge ist, dass Kommunen immer weniger in der Lage sind, ihre originären Aufgaben selber zu erledigen. Planungsämter sind, selbst wenn sie wollten, nicht mehr in der Lage, größere Bauprojekte selber auszuführen, ebenso greift die Kommune immer mehr auf externe Berater zurück, da sie sich selbst nicht in der Lage sieht, fachliche Gutachten zu erstellen. Wir wünschen uns, dass die Stadt die Planung und Bebauung der Stadt nicht Investoren mit Gewinninteressen überlässt, sondern sich selber wieder in die Lage versetzt, das in Eigenregie zu übernehmen. Wenn Aufgaben nach außen vergeben

werden, sind soziale und Klimakriterien selbstverständlich verpflichten vorzugeben und zu kontrollieren.

Digitale Stadtverwaltung:

Wir erwarten, dass die Interessenvertretungen der Beschäftigten selbstverständlich einbezogen werden. Und zwar so frühzeitig und umfassend, dass sie bei der Meinungsbildung der Verwaltung tatsächlich mitgestalten können.

Konzern „Stadt Solingen“ umgestalten:

Zunächst einmal ist sicherzustellen, dass der „Konzern Stadt“ nicht bröckelt und stückweise kleiner wird. Das Klinikum mit seinen ersten Privatisierungen ist ein Negativbeispiel. Während die „Unternehmensseite“ des Konzerns sich Ausschüsse zur Beaufsichtigung geschaffen hat, sind für die Arbeitnehmerseite keine entsprechenden Gremien, z.B. ein Konzernbetriebsrat vorgesehen, da LPVG und BetrVG keine übergreifenden Interessenvertretungen zulassen. Es bleibt aber die Möglichkeit, dass der Rat eine Regelung dazu findet und verabschiedet, wie in anderen Kommunen durchaus vorgeführt wird. Zudem stehen wir Ausgliederungen in GmbHs kritisch gegenüber, da die Entscheidungshoheit des Rates nicht beschnitten werden sollte.